

Völkische Zeitung



Zeitung

20 Pfennig
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Völkische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wöchentlich für Postanonyme und beide Ausgaben vereint Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umhänge“ — Mittwoch „Reise und Wandlung“ — Donnerstag „Recht und Leben“

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26
Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: am Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen am Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Christian Christmann, Georg Bernbard Verlag, Roskauerstr. 44
Herausgeber: Hans D. Handelt; Carl Nisch, Berlin 66
Manuskripte werden nur kurzgelesen, wenn Porto beiliegt.

Postbezugsstellen: Postamt Dönhofsplatz 17, 3600-3608, für das Pariserkreuz Amt Dönhofsplatz 3605-3608, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postfachkonto Berlin 960.

Saar-Konferenz im September Besondere deutsche Verhandlungs-Delegation in Paris erwartet

Paris, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst
Die Verhandlungen wegen der Rückgabe des Saargebietes, zu deren Durchführung Verhandl. im Namen der französischen Regierung im Haag bereits erklärt hat, werden maßgeblich noch im Laufe des Monats September in Paris beginnen. Sie werden von deutscher Seite von einer besonderen Delegation geführt, die maßgeblich schon in den nächsten Tagen zusammenzutreten dürfte und Ende des Monats hier erwartet wird.

Von der französischen Seite werden darüber seit einiger Zeit systematisch Fernschreibungen verbreitet, deren Inhalt durchgängig Zweck es offenbar ist, die Verhandlungen im Voraus in eine bestimmte Richtung zu drängen. So läßt sich heute der „Santarragenant“ über diese Verhandlungen, das für die Bewirtschaftung der Saargruben die Gründung einer gemischten deutsch-französischen Gesellschaft geplant sei, deren Präsidentenstellensmitglied ein Franzose sein werde.

Diese Information, die das Blatt ebenfalls noch abfolgt, enthält zu schmerzlicher Erinnerung haben will, wie wir auf den bestimmteste zu versichern in der Lage sind, gleich für vielen anderen, die hier von interessierter Seite in Umlauf getrieben werden, gibt aus der Sache geoffen. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages selbst verbleibt Frankreich im Augenblick der Wiedereinrichtung des Saargebietes mit Deutschland jeden Selbstanspruch auf Gruben. Das in der Anlage zu den Anlagen 48 bis 50 des Friedensvertrages festgesetzte Saar-Vertrag bestimmt ausdrücklich, daß Deutschland im Falle der Retrazierung des Saargebietes die Frankreich im Jahre 1919

abgetretenen Eigentumsrechte an den Gruben zu einem von einem Sachverständigenkomitee festzusetzenden Preis zurückzufahren hat. Frankreich behält lediglich das Recht für sich und seine Staatsangehörigen, aus dem Saargebiet diejenigen Rohstoffe zu beziehen, die es zur Befriedigung seiner gewerblichen und häuslichen Bedürfnisse notwendig hat.
Dazu bedarf es weder eines Konkordats noch anderer. Die Veräußerungswelt Deutschlands einfindender Bestimmungen, und wir glauben, daß in diesen Punkten die Einigung zwischen den beiden Regierungen kaum auf irgendwelche Schwierigkeiten stoßen kann. Sehr viel schwieriger dürfte sich die Verhandlungen über die Befreiung des wirtschaftlichen und politischen Übergangsregimes gestalten, das aller Voraussicht nach die Rollen der verschiedenen Kompartimente zu tragen haben wird, die Frankreich für die vorzeitige Rückgabe der Saar zu verlangen beschließt.

Die Saarfrage als Prüffeld

Paris, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst
In hiesigen diplomatischen Kreisen verortet, daß, nachdem zwischen Estienne und Brand in Genf bereits eine Einigung über den Beginn der Saarverhandlungen erzielt worden ist, Verhandlung über die Saarfrage, gerade die Saarfrage als Prüffeld für die Kooperation der europäischen Mächte von der praktischen Seite her aufzuarbeiten und in Angriff zu nehmen.

Die neue Ordnung

Von
Georg Bernbard

John Baber's Arbeit hat es bestritten, um Deutschland frei zu machen. Endlich ist das große Ziel erreicht. Eine beschränkte Politik, für die man sich monogam, mehr als irgend eine, bestimmt hat, lassen mußte, hat zum Erfolg geführt. Nicht auf der geraden Linie, sondern immer wieder abgelenkt durch den Zwang, die Parteien eines unzufriedenen Staatsvertrags als solche zu erweisen. Schon hat der Abzug der fremden Truppen aus Deutschland begonnen. Die in den nächsten Wochen wird sein, endlich, kein heftiger, kein zerstücklicher Selbst mehr auf deutschen Boden fallen. Früher schon werden die Finanzkommissionen und die fremden Kommissare, die dieser Deutschlands Wirtschafts- und Staatsfinanzen überwinden, das Land verlassen. Das Land wird nicht, daß die Parteien, die nach der Saargebietes Konferenz behaupten, die Befreiung Deutschlands werde nicht gelingen, jetzt ebenso fest das Vertriebe als Mißerfolg haben. Wenn sie sich nur mit diesen Hoffen in Wort und Schrift begnügen, so können man diese Träumen unbedacht lassen. Der gefundene Sinn des deutschen Volkes wird die richtige Richtung zu finden wissen. Aber gerade bevor fürchten die diejenigen Kreise, die ganz genau wissen, daß die Migration nur aus dem Boden unserer Falschheit und spekulativen Gleichgültigkeit hervorgehen kann. Deswegen will man unter seinen Inländer die Ruhe aufhalten lassen. Wenn die Außenpolitik das Material zum Unterwerfen nicht mehr liefert, muß man aus Elementen des Inlandes und Aufregung handeln. Man greift zum Terror. Aus dem Vertriebe der Soldaten und Feuerwerker, man über den Boden man vor kurzen Verfallungen zu führen pflegt, ist richtige Boden geworden. Sollenmachinen, deren Durchschlagkraft bis hin in die oberen Stockwerke der Getreidhäuser bemerkbar macht. Man will, daß Entzügen die Gegenwart nicht, wenn es eine solche Krone hat, quantitativen Schaden beliebt, zum entsetzlichen Schläge auszuholen. Von jeder Art mit den Kampfmitteln der schließlichen Propaganda der Zeit vertrieben worden, die Stellungen für die Angriffe hinterlassen. Die Stellungen sind zu machen. Lange besteht die preussische Staatsregierung und die deutsche Reichsregierung noch tatlos die Vorbereitungsaktion der Hitler-Jugendzeit-Trost zuzuführen.

Die Untersuchung in Lüneburg

Das Auto der Täter

Lüneburg, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst
Bei der am heutigen Vormittag vorgenommenen nochmaligen Untersuchung des Statutes am Regierungsgebäude wurden wertvolle Funde gemacht, die über die Herkunft der Hülsmittel keine Zweifel mehr aufkommen lassen. Man ist in den Kreisen der Untersuchung leitenden Polizeibeamten der Ansicht, daß die Täter kaum in Lüneburg zu suchen sind. Eine sehr wichtige Befragung, die diese Befragten auch nicht bestritten, ist von der Gattin des Rechtsanwalts Dr. Klein gemacht worden.
Frau Dr. Klein hat am Donnerstag abend gegen 12 Uhr in ihrer Villa, die in einer Straße im Norden der Stadt liegt, die Fenster ihres Zimmers geöffnet. Diese Straße, in der das Auto liegt, läuft parallel mit dem Ochsenmarkt, an dem sich das Regierungsgebäude befindet. Als Frau Dr. Klein zum Fenster hinaus sah, bemerkte sie ein Auto, das die Villenstraße sehr langsam befahren. Sie hätte zuerst den Motor und sah das Auto

ersch, als es vor dem Nachbarkauf, dem Gebäude der Lüneburger Höhe, einen Augenblick hielt. Da wurde sie erst gewahr, daß das Auto kein Auto hatte. Das Auto fuhr sehr langsam und hielt an der Straßenecke. Ein Mann stieg aus, der aber nicht zu erkennen war, weil er durch den haltenden Wagen geblendet war. Der Mann ging rechts ab durch die Seitenstraße, die zum Ochsenmarkt führt. Bei der Einmündung dieser Seitenstraße liegt das Regierungsgebäude und etwa 15 Meter von der Ecke entfernt befindet sich das Fenster, in dem die Hülsmittel gefunden worden sind. Der Wagen fuhr langsam in der Villenstraße weiter, bog dann in die Hauptstraße ein und fuhr in derselben Richtung zum Ochsenmarkt und hat dort sichtlich den Mann aufgefunden, der aus dem Wagen wieder gestiegen war.

Die Befragungen werden gegenwärtig von der Kriminalpolizei durchgeführt. Der Wagen ist auch an anderen Plätzen gesehen worden und ist sichtlich identisch mit dem Wagen, der auch mehrfach von Personen gesehen wurde und letzten Weg nach Norden, nach Hamburg und Hamburg genommen hat.

Wirtschaftspartei gegen Young-Plan

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei tritt in einer Entscheidung mit, daß die Partei den Young-Plan ablehne, es sei denn, daß sich im Reichstag eine Mehrheit dafür finde, die die Forderung der Wirtschaftspartei 420 bis 430 des Verfallens des Reiches unter gewissen Voraussetzungen zuläßt. Die Wirtschaftspartei (die Rheinlands) und die Wirtschaft der Saat zur Vorbereitung für eine Behandlung des Young-Plans made.
„Zwei ihrer abnehmenden Stellung zum Young-Plan“, so heißt es weiter, „trachtet die Wirtschaftspartei das geplante Young-Begehren für gefährlich, weil durch den Ausbruch der Abkündigung möglich solche Zustände im Ausland entstehen könnten. Sie lehnt daher eine Beteiligung an dem Volksbegehren gegen den Young-Plan ab.“

Zu den Kommunalwahlen beschloß die Wirtschaftspartei, in der Regel mit eigenen Listen vorzugehen. Ausnahmen sollten nur unter ganz besonderen Voraussetzungen und Genehmigung des Parteivorstandes zulässig sein.

80 Menschen ertrunken?

Stockholm, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst
Ein furchtbares Schiffungungung, das nach den bisherigen Meldungen etwa achtzig Todesopfer gefordert hat, ereignete sich am Sonnabend nachmittags in der Nähe von Kammerfors. Der finnische Passagierdampfer „Aurora“, der den regelmäßigen Dienst an der finnischen Küste verrichtet, legte sich während eines schweren Sturmes nebst auf die Geste und sank in nur zwei bis drei Kilometer Entfernung von Kammerfors innerhalb einer Minute. Die Augenzeugen berichteten, daß man unmittelbar vor der Katastrophe Dampf ausströmen.
Einem vorüberkommenden Passagierdampfer und mehreren kleinen Booten gelang es trotz des hohen Seeganges, etwa achtzig bis zwanzig Personen zu retten. Die Passagiere waren zum größten Teil Schulkinder und Landknechte.

Man ist sehr stark dabei gewesen, den kommunistischen Kampforganisationen das Handwerk zu legen. Aber der wachsende Gefahr der tabularen Bewegung von rechts hat man merkwürdig tatlos zugehört. Der Geheimfinanzrat Jüngerberg darf vor Tausenden von Menschen vom Bernwardenmarkt in Lüneburger Höhe herab zu neuem Krieg nach innen und außen gehen. Nationalsozialisten und Christen in höherer Organisation bilden die Rolle für solche Veranstaltungen. In ihren Blättern lieh man kein Wort des Abwehrens gegen die neuesten Bombenattentate. Die deutsche Tageszeitung, die sich auch hier, bei der Aufhebung der Hitler-Jugendzeit-Front steht. In dieser Front wird nicht einmal der Gehör mehr gemacht. Die „Deutsche Zeitung“, deren geistlicher Vater der süßliche Clag ist, schreibt am Ende der Hülsmittel, die nicht die Welt, sondern die Streikmänner aus dem Haag, er willigt ein, den Bombenattentat auf den Reichstag als Mittel dienen lassen! Nichts zeigt deutlicher als diese unverschämte Versicherung, wozu die Hülsmittel sind. Aber um die Regierungen anzuhalten, muß nicht erst eine solche Versicherung sein, sondern es muß eine solche Staatsanwaltschaft sein, die das vor allem nicht übersehen! Denn was hätte ich gegeben, wenn auch nur ein kleiner Teil dessen, was ich in den letzten Monaten in Deutschland ereignet hat, auf kommunistische Initiative zurückzuführen gewesen wäre. Ich vermute, daß der Staat und die Verbindung in Deutschland gegen jedermann vertriebt wird. Und wir find der Geschäftigkeit müde, die gegenüber den ganz aktuellen Gefahren von rechts an den Tag gelegt wird.

In diesem Belieben, endlich einmal in Deutschland wieder einen Ausgang für neue Ordnung zu schaffen, müßten sich eigentlich alle wackelnden Elemente nur recht zu Hause einig sein. Denn die Probleme, die jetzt in der deutschen Politik zu bewältigen sein werden, sind so schwer, daß sie ohne einen erheblichen Austausch der bereitwilligsten auseinandergehenden Ansichten gar nicht lösbar sind. Sonst wird es eine Jünglingsarmee sein, die den deutschen Volk. Keine Befreiungstruppen, keine fremden Kommissare sind mehr vorhanden, hinter die man sich verziehen, auf die man die Verantwortung abwälzen kann. Die neue Verantwortung ruht jetzt allein auf dem Rücken des deutschen Volkes, die die Parteien und auf den Zeitungen. Sie haben auch nicht mehr Parteien und auf den Zeitungen. Sie haben auch nicht mehr Parteien und auf den Zeitungen.